

Das Ende des kleinen Glücksspiels in Wien

Plädoyer für eine Stärkung der demokratischen Streitkultur innerhalb der Sozialdemokratie in Österreich

NIKOLAUS KOWALL

Dezember 2011

Die sozialdemokratische Basis sorgt für ein Ende des kleinen Glücksspiels

Seit einigen Jahren breitet sich eine Droge in Wien in solch hohem Tempo aus, dass die österreichische Zeitschrift *Datum* das Phänomen im November 2009 mit dem einprägsamen Titel »Heroin war gestern« bedachte. Das Suchtmittel, das eine ganze Generation junger *working class kids* nicht mehr auf den Fußballplatz, sondern in die Spielhalle treibt, ist der Glücksspielautomat. 40 Prozent der Umsätze aus diesem sogenannten »kleinen Glücksspiel« werden von pathologischen Spielerinnen und Spielern generiert. Die Betroffenen, die sich 2010 an die Spielsuchtberatung Wien wandten, waren im Schnitt mit 45 000 Euro verschuldet. Über vier Milliarden Euro werden für das kleine Glücksspiel in Österreich jährlich ausgegeben. Die seit 1945 sozialdemokratisch verwaltete Stadt Wien lukriert daraus Gebühren im Umfang von 55 Millionen Euro pro Jahr. Die Wienerinnen und Wiener sehen ganze Straßenzüge vor die Hunde gehen – immer wenn ein Geschäft schließt, zieht dort eine Wett- oder Glücksspielbude ein. Davon profitiert in erster Linie der Glücksspielkonzern Novomatic, dessen Inhaber mittlerweile der viertreichste Österreicher ist. Auf dem Papier ist die Sachlage eindeutig: Große Konzerne verdienen daran, dass Menschen mit kleinem oder geringem Einkommen in die Verschuldung gestürzt werden, viele Bevölkerungsgruppen beschwerten sich über die Übernahme ganzer Stadtviertel durch die Glücksspielbranche. Bei kaum einem anderen Thema sollte die politische Antwort aus sozialdemokratischer Sicht so eindeutig sein: Das kleine Glücksspiel muss verboten und das Verbot rigoros durchgesetzt werden.

Die achte Sektion der Wiener Bezirksorganisation Alsergrund hat auf dem Landesparteitag der Wiener SPÖ im Mai 2011 gemeinsam mit Verbündeten einen Antrag auf

ein Verbot des kleinen Glücksspiels eingebracht. Erstaunlich war, dass schon im Vorfeld des Parteitags trotz der Klarheit der Sachlage von Seiten der Parteispitze eindeutig ablehnende Signale hinsichtlich eines solchen Verbots gesendet wurden. Dies dürfte an den 55 Millionen Euro (0,4 Prozent des Wiener Budgets) ebenso liegen wie an Sponsortätigkeiten seitens Novomatic für Publikationen und Veranstaltungen der SPÖ. Trotz der Empfehlung der Antragsprüfungskommission, den Antrag dem Parteivorstand zur Entscheidung zuzuweisen, wurde er nach intensiver zweistündiger Diskussion gegen den geschlossenen Widerstand des Parteiestablishments angenommen. Die 700 Delegierten im Saal wussten, dass sie einen Augenblick der innerparteilichen Demokratie herbeigeführt und erlebt hatten. Trotz vorläufiger Weigerung der SPÖ-Spitze, den Parteitagsbeschluss auch in der rot-grünen Stadtregierung umzusetzen, führte ein unkoordiniertes Zusammenwirken von Teilen der SPÖ-Basis und der Wiener Grünen – mit kräftiger Unterstützung einiger Medien – zu einem Kurswechsel der Stadtregierung. Das kleine Glücksspiel wird in Wien nach Ablauf der aktuell gültigen privatrechtlichen Lizenzen ab dem 1. Januar 2015 verboten sein.

Der gesamte Verlauf des Geschehens war für die straff geführte Wiener SPÖ durch und durch außergewöhnlich. Doch ein entscheidendes Merkmal der Demokratie ist, dass sie ein Moment der Unsicherheit in sich birgt. Während in autoritären Systemen immer im Vorhinein klar ist, wie Referenden ausgehen werden, lebt die Demokratie davon, dass die Entscheidung *ex ante* offen bleibt. Diese Unsicherheit ist somit eine psychologische Voraussetzung der Demokratie. In der österreichischen Sozialdemokratie steht hingegen fast immer vorab fest, wie das Ergebnis eines Entscheidungsprozesses aussehen wird. Man schätzt in der SPÖ keine Spannung. Die letzte Kampfabstimmung um den Parteivorsitz fand auf dem

Parteitag im Jahr 1967 statt. Die sozialdemokratische Parlamentsfraktion befolgt – trotz punktueller Diskussionen beispielsweise in der Asylpolitik – letztlich fast immer geschlossen, was die Parteispitze als Linie vorgibt. Auf Parteitagen kommt es nur alle paar Jahre zu Überraschungen in dem Sinne, dass sich eine Mehrheit gegen die Empfehlungen der Antragsprüfungskommission findet. Die demokratiepolitisch notwendige Ungewissheit wird in der SPÖ auf ein unvermeidbares Minimum reduziert.

Der prinzipielle Mangel an innerparteilicher Diskussion hat die fatale Konsequenz, dass sich die Bewegung entpolitisiert und die Inhalte ausdünnen. Ein angstfreies Diskussionsklima, eine innerparteiliche Gewaltenteilung sowie konkrete Mitbestimmungsmöglichkeiten für einfache Mitglieder sind adäquate Instrumente, um eine Redemokratisierung und Repolitisierung der Sozialdemokratie einzuleiten.

Die SPÖ ist ein Gigant auf tönernen Füßen

Die österreichische Sozialdemokratie hat zwei eklatante Schwächen, die sich teilweise gegenseitig bedingen. Das erste Problem dürfte sie mit etlichen Sozialdemokratien in Europa teilen – es fehlt ihr an inhaltlicher Substanz, was als Ursache und Folge der Entpolitisierung ihrer Anhängerschaft interpretiert werden kann. Das zweite Problem dürfte in Österreich besonders stark ausgeprägt sein – es fehlt in der SPÖ an Möglichkeiten zum Mitmachen und Mitbestimmen. Das liegt paradoxerweise zu einem nicht unwesentlichen Teil daran, dass die SPÖ mit 243 000 Mitgliedern eine der höchsten Organisationsdichten in der demokratischen Welt aufweist. In Deutschland kommt die Sozialdemokratie auf ein Mitglied pro 166 Einwohner, in Österreich auf ein Mitglied pro 34 Einwohner. Das ist ein fast fünfmal so hoher Organisationsgrad. Ein interessierter Mensch, der sich beispielsweise in der Wiener Sozialdemokratie (60 000 Mitglieder) engagieren möchte, wird vom großen hauptamtlichen Apparat schlicht als Greenhorn und Störenfried betrachtet, für den es kein Betätigungsfeld gibt. Daher schickt man die interessierte Person in die ihrem Wohngebiet entsprechende Sektion. Diese unterste Einheit der SPÖ zeichnet sich oftmals durch hohe Überalterung und geringe Aktivität aus – letztere resultiert auch aus den auf dieser Ebene fehlenden Mitwirkungsmöglichkeiten an den großen politischen Fragen in der Partei. Kein optimales Biotop für Menschen, die sich voll Tatendrang politisch

engagieren wollen. Wer sich intern über die Zustände beschwert, wird geflissentlich ignoriert; wer seinem Ärger öffentlich Luft macht, wird als Nestbeschmutzer mit Profilierungsneurose abgestempelt.

Meinungsfreiheit statt Gehorsam

Von einem offenen Meinungsklima ist die österreichische Sozialdemokratie weit entfernt. Im Gegenteil, ein erstaunliches Phänomen innerhalb der SPÖ ist das hohe Ausmaß an Gehorsam. Dies hat historische Wurzeln. Die Sozialdemokratie war ideologisch immer geschlossener als das heterogenere bürgerliche Lager – in der Parteidisziplin wurde die einzige Möglichkeit gesehen, die Kräfte zu bündeln, um sich gegen die mächtigen bürgerlichen Interessensgruppen durchzusetzen. Heute gibt es keine klare ideologische Begründung mehr für das Mantra der Geschlossenheit. Es sind tagespolitische und taktische Überlegungen, die das manchmal paranoid anmutende Bedürfnis nach Geschlossenheit in der SPÖ begründen. Ein frappierendes Hierarchiedenken bei vielen in der SPÖ Tätigen ermöglicht die reale Durchsetzung dieser Kultur des Gehorsams. Kein zeitgenössisches urbanes Dienstleistungsunternehmen im mittleren Qualifikationsbereich könnte sich solche Hierarchien heute noch leisten. Obwohl die ökonomischen Abhängigkeiten in der Privatwirtschaft oftmals unmittelbarer gestaltet sind und die Befehlsgewalt rechtlich abgesichert ist, während in der Politik theoretisch die Idee des freien Mandats Gültigkeit hätte und die statutarische Gewalt in jeder Partei de jure von unten nach oben verläuft. Obwohl die in der SPÖ aktiven Menschen im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts in ihren Menschenrechten keinesfalls bedroht sind, gibt es wenig Mut zum Widerstand – und ein Klima der Angst und Gefügigkeit prägt etliche Teile der Partei. Diese Kultur des Gehorsams muss durch eine republikanische Kultur ersetzt werden, die den handelnden Individuen mehr Autonomie und Souveränität einräumt. Die Ideengeschichte der liberalen Demokratie bietet dafür ausreichende Instrumentarien, beginnend bei den bürgerlichen Freiheiten wie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit. In der SPÖ gibt es im Gegensatz zur SPD weder organisierte Fraktionen noch eine innerparteiliche, geschweige denn eine öffentlich ausgetragene Kultur des gepflegten Disputs. Das hierarchische Innenleben wird durch antiquierte formale Strukturen sogar begünstigt.

Politisierung bedeutet Demokratisierung

Zwischen der Stimmabgabe eines einfachen Parteimitglieds und der Wahl des/der Parteivorsitzenden liegen in der SPÖ elf Ebenen indirekter Entscheidungsprozesse. Eine Person, die sich in einer Sektion oder Ortspartei engagiert, kann etwa einmal im Jahr bei personellen Fragen auf unterster Ebene mitbestimmen. Auch in inhaltlichen Fragen ist die Mitsprachemöglichkeit dürftig: So gab es in der SPÖ z. B. noch nie eine Urabstimmung. Wenn eine minimal kleine politische Führungclique hinter verschlossenen Türen festlegt, wo es politisch langgeht, und die entsprechenden Beschlüsse in den Gremien nur pro forma abgenickt werden, dann wird eine inhaltliche Auseinandersetzung systematisch unterbunden. Doch wenn Inhalte gar nicht zur Disposition stehen und gar nicht mehr verhandelt werden müssen, dann trocknet das Wertvollste aus, was eine politische Bewegung zu bieten hat: der lebendige politische Diskurs. Dies hat zwei fatale Konsequenzen: Erstens gibt es ohne das Ringen um Positionen keinen Wettbewerb der Ideen, der die Qualität der Vorschläge verbessert und die Argumente schärft. Zweitens bedeutet ein Mangel an interner Diskussion, dass sich die Bewegung entpolitisiert. Denn die Mitglieder beginnen einerseits, die Oberflächlichkeiten aus den Medien für Politik zu halten, andererseits nehmen stark politisierte (junge) Menschen die Partei gar nicht als Ort der inhaltlichen Auseinandersetzung wahr und engagieren sich anderswo.

So wie es in der Wissenschaft unmöglich ist, eine Methode losgelöst von gewissen Paradigmen zu betrachten, ist es in der Politik unmöglich, den Inhalt von seiner Form zu lösen. Die Form wirkt zurück auf den Inhalt, eine Erkenntnis, die sich täglich beobachten lässt. Es ist die von jeder internen Diskussion entkoppelte Form der zeitgenössischen Spitzenpolitik, die rein tagespolitisch ausgerichtete, taktisch orientierte und ideologisch willkürliche Positionen produziert. Das *Was* ist also ein Resultat des *Wie*. Die Form gehört nicht nur zum Inhalt, sie determiniert ihn sogar. Ohne eine Kultur des gepflegten Disputs ist eine Politisierung der Partei undenkbar. Die Menschen werden aber nur mitstreiten wollen, wenn es auch um etwas geht und sich ihre Teilnahme auf die Entscheidungsfindung auswirkt. Die Möglichkeit zur Mitbestimmung wird zur Voraussetzung für qualitativ hochwertige Inhalte sowie für eine lebendige, angstfreie, undogmatische, tolerante und vielleicht sogar originelle Streitkultur. Aus

diesem Grund ist die Redemokratisierung die Voraussetzung für eine Repolitisierung.

Innerparteiliche Gewaltenteilung

Zahlreiche Voraussetzungen für ein demokratisches Innenleben lassen sich nicht an Regeln binden, weil sie das Resultat einer historisch gewachsenen Organisationskultur sind. Aus einigen Ideen lassen sich allerdings Regeln herleiten, deren statutarische Umsetzung wahrscheinlich demokratische Impulse mit sich bringen würde. Rückgreifend auf die Ideengeschichte der liberalen Demokratie könnte eine Art innerparteilicher Gewaltenteilung den Kern einer Strukturreform bilden. Derzeit liegt in der SPÖ alle Macht bei der Exekutive, was fehlt, sind eine schlagkräftige Legislative und eine autonome Judikative. Als legislativer Souverän könnten je nach Modell alle Mitglieder oder sogar alle interessierten erwachsenen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger – die wie in Italien einen Euro zahlen – fungieren. Diese hätten zwei wesentliche Aufgaben: Einerseits die Exekutive zu wählen – ob wie in Frankreich das gesamte Exekutivorgan oder wie in Großbritannien nur der Vorsitz gewählt wird, wäre eine zu klärende Detailfrage. Andererseits hätten sie in einem Vorwahlprozess die Mandatarinnen und Mandatare für den Nationalrat zu bestimmen. Diese wären dadurch nicht mehr der Exekutive durch Dankbarkeit oder ökonomische Abhängigkeit verpflichtet, womit in der Partei schlagartig ein zweiter Machtpol entstünde, was bekanntlich eine Grundvoraussetzung für Demokratie ist. Auch innerhalb der Exekutive sind erhebliche Veränderungen vonnöten. Der Gremienwildwuchs und die Aufblähung der Gremien führen nicht zu mehr Demokratie, sondern zu Intransparenz und zur Entwertung der Ausschüsse, Vorstände und Präsidien. Das Ziel muss es sein, die Parteispitze an ein einziges schlankes Exekutivorgan zu binden, das die wichtigsten Parteistrukturen repräsentiert und in dem wirklich die Entscheidungen fallen. Parteivorsitzende dürfen relevante Weichen nicht mehr ohne die Rückbindung an dieses Gremium stellen. Dafür sollen sie aber auch Abstimmungen verlieren dürfen, ohne dass gleich eine Führungsdiskussion ausbricht. Wenn eine Parteivorsitzende oder ein Parteivorsitzender ab und zu keine Mehrheit findet, ist das ein gutes Indiz für ein funktionierendes demokratisches Innenleben.

Ein Mehr an Demokratie in der Partei dürfte eine Zunahme an Kompetenz- und Statutenkonflikten zur Folge haben, nicht nur zwischen Legislative und Exekutive (wie weit kann die Exekutive z. B. den Beschluss einer Urabstimmung verwässern), sondern auch innerhalb der Exekutive (was passiert wenn eine Ministerin oder ein Minister auf europäischer Ebene anders abstimmt, als im Exekutivorgan vereinbart). Auch bei der Zulassung von Kandidatinnen und Kandidaten zu Vorwahlen und bei der Fairness der Bedingungen einer Direktwahl gibt es viel Konfliktpotenzial. In diesen Fällen sollten nicht automatisch jene obsiegen, die den bürokratischen Apparat auf ihrer Seite haben. Stattdessen bedarf es einer parteiinternen Judikative, die mit den rechtlichen Kompetenzen und personellen Ressourcen ausgestattet sein müsste, all jene Aufgaben zu übernehmen, die in Demokratien der Oberste Gerichtshof, der Verfassungsgerichtshof und der Rechnungshof übernehmen: eine verlässliche und neutrale letztinstanzliche Rechtssprechung, deren Urteile endgültig sind und von keinem exekutiven Organ aufgehoben werden können. Die Aufgabe der judikativen Kraft wäre es überdies, die Einhaltung strenger neuer Regeln zu überwachen, mit denen bestehende gesetzliche Vorgaben für sozialdemokratische Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber intern nochmals verschärft werden: etwa zur Vermeidung von Mehrfachämtern und -bezügen oder um Unvereinbarkeitsregelungen durchzusetzen.

Die Auseinandersetzung um das kleine Glücksspiel in Wien hat gezeigt, dass die heftige zweistündige Diskussion auf dem Parteitag der SPÖ nicht geschadet, sondern eindeutig genützt hat. In den Medien gab es ein reges Interesse an der selbstbewussten Parteibasis und an der innerparteilichen Lebendigkeit. Für die Sektion 8 der SPÖ Alsergrund bedeutete der Erfolg einen rasanten Zuwachs an Aktivistinnen und Aktivisten, Mitgliedern und Kontakten. Es ist notwendig, der parteipolitischen Spitze zu verdeutlichen, dass ein gepflegter Disput in der Öffentlichkeit nicht sofort als Zerstrittenheit wahrgenommen wird. Demokratische Konflikte spalten die Partei nicht, sondern eine offen zur Schau gestellte Vielfalt schafft für Menschen aller Bevölkerungsschichten Identifikationsmöglichkeiten. Offenheit, Vielfalt und Demokratie machen Parteien nicht schwächer, sondern ungemein attraktiver.

ISBN 978-3-86498-015-2

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Über den Autor

Nikolaus Kowall (*1982) ist Volkswirt in Wien und Vorsitzender der Sektion 8, einer Sektion in der SPÖ Wien, die sich als innerparteilichen Thinktank betrachtet.